

## Phänomen Trump

Der amerikanische Präsident Trump lässt niemanden kalt. Und so lange er etwas zu sagen hat, sind viele Gewissheiten keine Gewissheiten mehr, egal, ob auf geopolitischer Ebene (Ukraine, Gaza, Iran, Panama-Kanal, Grönland) oder eher auf wirtschaftlicher Ebene (Zölle). Was gestern galt, gilt heute nicht mehr, und morgen ist es nochmals anders. Mit Trump endet man wohl kaum in einer Sackgasse, ob seine Rezepte allerdings positiv sind, ist eine andere Frage.

Die Welt ist zwar nicht erst seit oder wegen Trump aus den Fugen geraten. Corona und der Ukrainekrieg haben schon vor der zweiten Amtszeit von Trump dazu geführt, dass die Emotionen oftmals überhandnahmen und während längerer Zeit offene Diskussionen und eine nüchterne Analyse verhinderten. Zumindest in dieser Hinsicht könnte ein Disruptor wie Trump Diskussionen wieder ermöglichen. Ob hinter seinen Rezepten aber immer nüchterne Analysen stehen, würden wir bezweifeln.

Als Beispiel die Zölle: Zölle sind gewollte oder zumindest selbst erstellte Hindernisse im freien Warenverkehr. Was sind die Folgen? Zum einen werden bei jedem zollpflichtigen Grenzübertritt die Güter direkt teurer oder die Marge der Produzenten wird geringer. Bei der heutigen extremen Arbeitsteilung werden Zuliefergüter oft mehrfach über Ländergrenzen hinweg verschoben, was bedeutet, dass die Verteuerung des Endprodukts durchaus auch höher sein kann als der eigentliche Zolltarif. Zweitens – und das ist ja der von Trump behauptete angestrebte Effekt – sollen dadurch Arbeitsplätze von Orten mit tiefen Kosten (Mexiko, China, ...) an Orte mit höheren Kosten (zurück in die USA) verschoben werden. Auch das verringert mittelfristig die Gewinne der Produzenten oder verteuert das Produkt für den Konsumenten. Sinkende Gewinne oder höherer Inflationsdruck sind nicht das, was Konsumenten geschweige denn die Aktienmärkte gerne sehen.

## Europa

Vor dem Hintergrund des Ukraine-Kriegs und des möglichen Wegfalls des Sicherheitsschirms der Amerikaner hat die EU ein gigantisches Aufrüstungsprogramm beschlossen. 800 Milliarden Euro sollen für die Rüstung bereitgestellt werden. Deutschland hat die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse für Investitionen in Rüstung und Infrastruktur ausgesetzt, auch da geht es um Ausgaben im Umfang von mehreren hundert Milliarden Euro.

So richtig es ist, Versäumnisse der Vergangenheit zu korrigieren, so falsch ist es, aus der Handbremspolitik aus dem Stand in die Vollgaspolitik umzuschwenken. Rüstungskonzerne und deren Zulieferer werden sich freuen, aber eine Prognose wagen wir hier: bei so viel Geld das in so kurzem Zeitraum ausgegeben werden muss (bzw. soll), wird der Missbrauch und die Ineffizienz des Mitteleinsatzes nicht kleiner werden. Auch hier resultiert Inflationsdruck.

*« Krieg ist Frieden, Freiheit ist Sklaverei, Unwissenheit ist Stärke (George Orwell „1984“) »*

*« Schulden sind Sondervermögen (Deutschland 2025) »*